

## **Persönliche Erklärung vor dem Thüringer Landtag im Mai 2006**

Meine heutige Erklärung ist weder eine Rechtfertigung noch ein rein rhetorisches Eingeständnis von Schuld für meine inoffizielle Tätigkeit für die Kriminalpolizei. Schon lange vor meiner Wahl in den Thüringer Landtag habe ich selbst öffentlich bekannt, dass ich von Juni 1985 bis September 1986 als inoffizielle Mitarbeiterin der Abt. K1 der Volkspolizei Suhl tätig war. Diese Tatsache ist seit 1996 den entsprechenden Behörden bekannt, seit Mai 2000 auch der Öffentlichkeit. Bereits während der Konstituierung des Thüringer Landtages am 8. 7. 2004 wurde in der Eröffnungsrede durch den Alterspräsident des Thüringer Landtages, Herrn Abgeordneten Jaschke ( CDU) festgestellt, dass unwürdig ist dem Landtag anzugehören, wer wissentlich hauptamtlich oder inoffiziell mit dem MfS/AfNS zusammengearbeitet hat.“

Rechtlich zu bewerten, ob dieses Verdikt zutreffend und haltbar ist, kommt mir nicht zu. An ihm gemessen aber kann ich es als Maßstab für meinen Fall nicht akzeptieren. Ich musste es auch bei eigener Gewissensprüfung vor der Kandidatur für ein Landtagsmandat nicht fürchten. Ohne irgendetwas zu beschönigen, erachte ich weder die vom Erweiterten Gremium vorgenommene Gleichsetzung von inoffizieller Tätigkeit für die damalige Kriminalpolizei mit einer hauptamtlichen bzw. inoffiziellen Tätigkeit für das MfS/AfNS für richtig, noch bin ich bereit hinzunehmen, dass mein damaliges Handeln im Maßstab der Entwicklung, die ich seither und im Besonderen auch in den Strukturen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung genommen habe, 20 Jahre später eine Unwürdigkeit begründen kann, diesem 4. Thüringer Landtag als gleichberechtigtes Mitglied anzugehören.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass meine damalige Zusammenarbeit mit dem Arbeitsgebiet K 1 der Kriminalpolizei gemessen an rechtsstaatlichen Maßstäben, wie ich sie heute kenne, schätze und verinnerlicht habe, eine völlig inakzeptable und nicht zu rechtfertigende Handlungsweise, ein Eingriff in die Bürger- und Freiheitsrechte der betroffenen Menschen darstellt. Im Unterschied zu vielen anderen habe ich mich nicht versteckt, war und bleibe politisch aktiv. Auch aus diesem Grund bin ich mit meiner Biografie offen und öffentlich umgegangen. Gerade an meiner Person wird deutlich, dass es falsch ist, vom Unwillen zur rückhaltlosen Aufklärung der Vergangenheit zu sprechen und den Verdacht zu hegen, die Linkspartei.PDS wolle die historische Hypothek namens SED-Diktatur entsorgen.

Ich habe mich öffentlich entschuldigt und mein Tun von damals uneingeschränkt als Fehler bewertet. Ich bedaure, dass mein Wirken dazu beigetragen hat, Unrecht zu ermöglichen, auch wenn ich selbst davon ausgehe, durch den Charakter meiner inoffiziellen Tätigkeit niemandem unmittelbar geschadet zu haben. Das ist aber nicht entscheidend, weil ich weiß, dass es Menschen gab und gibt, die durch diese Politik nicht wieder gut zu machenden Schaden erlitten haben. Insofern stehe ich uneingeschränkt zu einer schonungslosen Aufarbeitung der Vergangenheit, sowohl hinsichtlich einer kritischen Betrachtung und Bewertung meiner Biografie als auch hinsichtlich der Frage, wie eine Gesellschaft aussehen muss, die den Anspruch hat, persönliche Freiheitsrechte und soziale Menschenrechte zu verwirklichen, um für alle Menschen ein Leben in Würde zu garantieren. Dieser Anspruch der Einheit individueller und sozialer Menschenrechte wurde in der DDR nicht erfüllt und ist auch heute nicht eingelöst.

Mein Umgang mit der eigenen Biografie und meine persönliche Arbeit seit der Wende sollten dazu beitragen, eine Auseinandersetzung mit den Lebenswegen von Menschen, die in

der DDR Verantwortung getragen haben, und zwar in differenzierender Weise und in der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Politische Instrumentalisierung und Kriminalisierung meiner und anderer Personen sind nicht geeignet, den sachlich- kritischen Umgang in der Gesellschaft mit dem Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu befördern. Ich bin übrigens nicht dafür, einen Schlussstrich unter die Geschichte, ihre notwendige Aufarbeitung und auch die Offenlegung politischer Biografien zu ziehen. Aber ich fordere einen anderen Umgang der Politik, der Medien und der Öffentlichkeit damit. Deshalb werde ich vor dem Thüringer Landesverfassungsgerichtshof gegen das hier praktizierte Verfahren klagen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Thüringer Landesverfassungsgerichtshof meinen Antrag auf einstweilige Anordnung für die heutige Plenarsitzung abgelehnt hat. Ich bemühe mich seit der Wende, Konsequenzen aus meiner Biografie und der DDR- Geschichte zu ziehen. Mit meiner politischen Arbeit will ich beweisen, dass man sich mit Fehlern der Vergangenheit auseinander setzen muss, aus Fehlern lernen kann. Meinen Idealen und Werten nach einer demokratischen, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft in Freiheit und Würde bin ich treu geblieben. Ich werde auch in Zukunft diesem Anspruch Rechnung tragen: Kritisch und selbstkritisch, offen und in dem Bewusstsein, andere Auffassungen, Lebenserfahrungen und Erkenntnisse aufzunehmen und in meiner Arbeit zu berücksichtigen. So kannten und kennen mich Wählerinnen und Wähler meines Wahlkreises und haben mich in den Thüringer Landtag gewählt im Wissen um meine Biografie und meine Arbeit vor der Wende und auch danach. Diesem Wählervotum fühle ich mich uneingeschränkt verpflichtet. Deshalb werde ich mein Landtagsmandat auch weiterhin wahrnehmen. Ich bin mir der Verantwortung bewusst, als Mitglied des Thüringer Landtages auf der Grundlage des Grundgesetzes, der Thüringer Landesverfassung und der darauf fußenden Gesetze tätig zu sein. Genau so werde ich mein Mandat auch weiterhin nutzen, um an einer ehrlichen und wahrhaftigen Aufarbeitung der Vergangenheit mitzuwirken. Meine persönlichen Erfahrungen haben mich gelehrt, dass entscheidende Kriterien für Politik Demokratie, Transparenz, Offenheit sind. Eine Politik, die die Interessen und den mehrheitlichen Willen ignoriert sowie der Versuch der Ausgrenzung von Menschen durch Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten waren Unrecht in der DDR und bleiben Unrecht, wo immer es politisch praktiziert wird.

Ina Leukefeld